



Arm trotz Arbeit ist für viele Menschen immer noch Realität

Nachricht von Sabine Zimmermann, 22. November 2016

Die Armutsgefährdung von Beschäftigten in Deutschland in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Waren im Jahr 2006 5,5 Prozent der Beschäftigten von Armut bedroht, sind es 2015 9,7 Prozent gewesen (im Vergleich zu 2014 mit 9,9 Prozent ein minimaler Rückgang) und damit mehr als im Schnitt der EU-Länder mit 9,5 Prozent.

Bei Teilzeit- und befristet Beschäftigten ist das Armutsrisiko in Deutschland noch einmal deutlich höher. 14,5 Prozent der Teilzeitbeschäftigten waren im Jahr 2015 von Armut bedroht, 2006 waren es erst 8,5 Prozent. Bei befristet Beschäftigten liegt die Armutsgefährdung sogar bei 18,1 Prozent (2006 erst bei 11,2 Prozent).

Doch auch bei Vollzeitbeschäftigten stieg die Armutsgefährdung in Deutschland von 4 Prozent im Jahr 2006 auf 7,1 Prozent in 2015 (2014 7,5 Prozent). Ebenso stieg das Armutsrisiko auch bei unbefristet Beschäftigten seit 2006 von 4,1 Prozent auf 7,5 Prozent im Jahr 2015 (2014 8 Prozent).

Dies geht aus aktuellen Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor, die die linke

Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann ausgewertet hat.

Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu:

„Nach wie vor sind viel zu viele Menschen in Deutschland arm trotz Arbeit. Die Bundesregierung versagt hier auf der ganzen Linie. Die Einführung des Mindestlohns war nicht ausreichend, um Arbeit wieder existenzsichernd zu machen. Der Mindestlohn ist zu niedrig um die vielen armutsgefährdeten Beschäftigten aus der Armutsfalle heraus zu holen. Als DIE LINKE fordern wir die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde und die Abschaffung der Ausnahmen. Es bedarf aber weiterer Maßnahmen, unter anderem die Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit und die Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung. Arbeit, von der man leben kann, ist das Maß der Dinge, dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen. Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben.“